

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 18

Ausgegeben am 2. August 1918

36. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Die Vereinigten Staaten von Amerika und Mexiko.

Von Heinrich Cunow.

Die Vorgänge auf den westlichen Kriegsschauplätzen und die inneren Parteikämpfe Rußlands haben in letzter Zeit die Aufmerksamkeit der deutschen Presse dermaßen in Anspruch genommen, daß die scharfe Zuspitzung der Gegensätze zwischen der nordamerikanischen Union und Mexiko ziemlich unbeachtet geblieben ist. Nur einige größere deutsche Blätter haben die Tatsache kurz registriert, daß die Vereinigten Staaten von Amerika starke Besatzungen nach Colon und Panama, den beiden Endpunkten der Isthmus-eisenbahn, gelegt haben und sich zurzeit, nachdem sie die mittelamerikanischen Republiken Guatemala, Honduras, Nikaragua, Costa Rica, Panama, Haiti, San Domingo und Kuba zum Kriege mit Deutschland bewogen, eifrigst bemühen, einen Bund der erstgenannten fünf Staaten unter dem Protektorat der Washingtoner Regierung zustande zu bringen — angeblich zu dem Zwecke, den deutschen Intrigen entgegenzutreten, in Wirklichkeit, um Mexiko völlig einzukreisen und den Plänen des Yankeekapitals gefügig zu machen. Zugleich richtet die amerikanische Trusspresse, voran die Hearstpresse (Herr Randolph Hearst ist an großen Unternehmungen in Mexiko beteiligt), die schärfsten Angriffe gegen das Regiment des mexikanischen Präsidenten Venustiano Carranza, der direkt beschuldigt wird, im Dienste deutscher Finanzcliquen oder auch der deutschen Regierung zu stehen.

Der Gegensatz zwischen Mexiko und dem Yankeekapitalismus durchzieht die ganze neuere Geschichte Mexikos, hat sich aber seit dem offenen Anschluß der Wilsonschen Regierung an die Entente wesentlich verschärft, da die Carranzasche Regierung es bisher trotz aller Washingtoner Machinationen abgelehnt hat, dem Beispiel der kleinen zentralamerikanischen Republiken zu folgen und ebenfalls Deutschland den Krieg zu erklären. Und nicht nur dieser Widerstand reizt den Hochmut des Yankeetums. Carranza hat auch die großen Bergwerke und Petroleumquellen Mexikos für Nationaleigentum erklärt, auf die fortan Ausländer keine Ausnutzungskonzessionen mehr erhalten sollen, und überdies hat er zur Verbesserung der durch die letzten Revolutionskriege zerrütteten mexikanischen Finanzen auf verschiedene Massenausfuhrartikel, wie zum Beispiel auf Henequen (Sisalhanf) und rohes Erdöl, beträchtliche Ausfuhrabgaben gelegt, die, da der größte Teil dieser Artikel (an der Ausfuhr Mexikos, die mit Einschluß des beträchtlichen Edelmetallexports 1912 626, 1913 631 Millionen Mark betragen hat, war die nordamerikanische Union mit ungefähr 70 Prozent beteiligt) nach den Vereinigten Staaten von Amerika geht, vornehmlich die dortigen Kapitalisten treffen.

Die Revolutionskriege haben enorme Summen verschlungen und zu einer wüsten Papiergeldwirtschaft in Mexiko geführt. Nach dem im August

vorigen Jahres von Carranza an den mexikanischen Kongreß erstatteten Bericht sind von Beginn des Jahres 1913 bis Ende 1916 in Mexiko mit Einschluß der Veracruz-Emission für rund 672 Millionen Dollar oder Peso (1 Peso gleich 2,10 Mark) Papiergeld neu zur Ausgabe gelangt, das heißt Nationalpapiergeld. Außerdem haben noch die Einzelstaaten, vornehmlich Chihuahua, sowie die einander gegenüberstehenden, um die Herrschaft kämpfenden Präsidentschaftskandidaten besondere lokale Papiergeldemissionen vorgenommen: eine Summe, die auf mehr als 300 Millionen Peso geschätzt wird. Und um die Verwirrung vollzumachen, benutzten gleichzeitig betriebssame Banknotenfälscher die günstige Gelegenheit, massenhaft falsches Papiergeld auf den Markt zu werfen. Zudem haben die inneren Kämpfe das Wirtschaftsleben und die Steuerkraft dermaßen geschwächt, daß im vorigen Jahre trotz schärferer Anziehung der Steuerschraube fast jeder Monat einen neuen Fehlbetrag im Staatshaushalt von 4 bis 5 Millionen Peso lieferte. Sollte Mexiko nicht dem Ruin verfallen, mußten daher neue Finanzmittel beschafft werden, und es ist vom Standpunkt einer vernünftigen Steuerpolitik nur zu billigen, daß die Carranzasche Regierung in erster Reihe die großen Industrie- und Farmbetriebe, vor allem aber die ausländischen Großkapitalisten, die alljährlich viele Millionen aus Mexiko herausholen, heranzuziehen suchte.

Die ausländischen Kapitalisten finden eine solche Steuerpolitik freilich weniger vernünftig, und es ist deshalb erklärlich, daß die nordamerikanische Trustpresse über die Mißwirtschaft und die demagogisch-korrupte Steuerpolitik der Carranzaschen Regierung schimpft, die das fremde Kapital aus dem Lande treibe. Das von Uncle Sam in der mexikanischen Baumwoll- und Minenindustrie, in Ölfeldern und Petroleumbetrieben sowie in Großfarmen angelegte Kapital wird auf $4\frac{1}{2}$ bis 5 Milliarden Mark geschätzt. Besonders haben die Yankeekapitalisten in der Erwerbung von Bodenbesitz die Engländer, die mehr im Bankwesen und in der Industrie vorteilhafte Anlagen für ihre Kapitalien suchten, weit überholt, nicht nur in Nordmexiko, auch in Yukatan. Neben einigen mexikanischen Großgrundbesitzern, die während der Periode der Diazschen Konzessionswirtschaft riesige Bodenstrecken an sich gebracht haben — einzelne darunter bis zu 5 und 6 Millionen Hektar —, haben die Herren F. S. Harriman, William Randolph Hearst, Harrison Gray Otis, die Guggenheims und andere bekannte amerikanische Finanzgrößen riesige Landstücke zusammengerafft. Ebenso gehören die Eisenbahnen Mexikos größtenteils Großkapitalisten der nordamerikanischen Union. Von den sich vor dem Weltkrieg auf 230 Millionen nordamerikanische Dollar (ungefähr 460 Millionen mexikanische Peso) belaufenden Aktien und Obligationen der Ferrocarriles nacionales de Mexiko, zu denen die wichtigsten Bahnen Mexikos gehören, befindet sich der größte Teil in Yankee Händen, wie denn auch die Finanzzentrale der ganzen Verwaltung ihren Sitz in New York hat.

Schon seit mehr als einem halben Jahrhundert hat Mexiko den begehrlichen Blick der amerikanischen Kapitalisten auf sich gezogen. Besonders aber betrachtet es Uncle Sam seit dem Bau des Panamakanals als die ihm von einer weisen Vorsehung zugewiesene Aufgabe, seine Herrschaft vom Rio Grande del Norte südwärts bis zum Golf von Darien auszuweiten. Kaum waren 1836 nach der Ausdehnung des Unionsgebietes über Arkansas

die Yankees bis zur damaligen mexikanischen Grenze gelangt, als sie auch schon mit der Aufstachelung der Kolonisten von Texas gegen die Regierung in Mexiko begannen. Darauf rückte 1845 unter dem neugewählten Präsidenten James Polk kurzweg der General Taylor mitten im Frieden in Texas ein und besetzte das ganze texanische Gebiet bis zum Rio Grande del Norte, worauf im Dezember 1845 der amerikanische Kongress ohne weiteres die Aufnahme von Texas in die Union beschloß. Mexiko erklärte zwar den Krieg, wurde aber fast allenthalben geschlagen. General Taylor fiel in den Norden Mexikos ein, während General Scott von Veracruz bis zur Hauptstadt Mexikos vordrang und am 14. September 1847 in diese einzog. Zugleich annektierten Oberst Fremont und der Kommodore Stockton Kalifornien. Im Frieden von Guadalupe-Hidalgo trat Mexiko die Gebiete von Texas, Neumexiko und Kalifornien bis südwärts zum Rio Grande gegen eine Entschädigung von 15 Millionen Dollar an die Vereinigten Staaten ab.

Dieser enorme Landgewinn genügte jedoch nicht den Ansprüchen der kapitalistischen Cliquen. Schon 1853 fand ein neuer Überfall der Union auf Mexiko statt, diesmal unter Führung William Walkers. Der Versuch, auch den größeren Teil der mexikanischen Provinz Sonora an der Pazifikküste in den Besitz der Union zu bringen, scheiterte jedoch. Und denselben Misserfolg hatte ein Eroberungszug nach Nikaragua. Dort hatte sich England des Hafens von San Juan del Norte (Greytowns) bemächtigt. Das ging den Yankees wider den Strich. Unterstützt durch amerikanisches Geld, veranstaltete William Walker eine militärische Expedition nach Nikaraguas Küste, zog im Oktober 1855 in Granada ein und machte sich selbst zum Präsidenten der Republik, vom nordamerikanischen Gesandten als solcher anerkannt. Doch nun erhoben San Salvador, Honduras, Costa Rica und Guatemala Protest und erklärten den Krieg. Walker wurde gestürzt und 1860 erschossen. Vorher (1854) hatte noch die Vereinigte-Staaten-Regierung von dem mexikanischen Diktator Santa Ana unter der Hand den südlichen Teil Arizonas um 10 Millionen Dollar angekauft: ein schmählicher Handel, der wesentlich zum Sturze Santa Anas im folgenden Jahre beitrug.

Zugleich faßte man in Washington den großzügigen Plan der Herstellung eines interozeanischen Kanals, und zwar gab man dem Projekt eines die Landenge von Panama durchquerenden Kanals den Vorzug. Da dieses Gebiet der Republik Neu-Granada (dem jetzigen Kolumbien) gehörte, schloß die Union 1846 mit diesem Staat einen Vertrag, worin sie die Besitz- und Souveränitätsrechte Neu-Granadas über die Landenge anerkannte und die Neutralität des zu erbauenden Kanals garantierte. Jedoch Neu-Granada kam nicht zum Kanalbau, während man in England gleichzeitig das Projekt eines Nikaraguakanals erwog und die Schutzherrschaft über die Moskitoküste und einen Teil des Kanalgebiets beanspruchte. Das widersprach dem Interesse Uncle Sams. Er setzte alle Hebel in Bewegung, die Ausführung dieses Kanalprojekts zu hintertreiben, und erreichte, daß England 1850 mit ihm den Clayton-Bulwer-Vertrag abschloß, der die gegenseitige Verpflichtung enthielt, den Kanal weder allein zu erbauen, noch allein am Bau teilzunehmen oder eine ausschließliche Kontrolle über ihn zu erstreben.

Die folgenden Jahre der inneren Parteikämpfe und des amerikanischen Bürgerkrieges hinderten die Union, ihre Absichten weiterzuerfolgen; doch kaum begann man, die Folgen des Krieges zu überwinden, als auch schon

(1869) der durch seine Tüchtigkeit im Dienste der Nordstaatenpolitik bekannte Staatssekretär William Henry Seward amlich erklärte, daß weder eine fremde Regierung noch fremde Kapitalisten den Bau eines Kanals über den Isthmus von Darien (Panama) vornehmen könnten, sondern die Neutralität eines solchen Kanals nur dann verbürgt erscheine, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten und Kolumbiens sich zum Zwecke des Kanalbaues vereinigten.

Zu eigener Ausführung des geplanten Isthmuskanals gelangten die Vereinigten Staaten jedoch vorläufig nicht; denn nachdem auf Betreiben von F. v. Lesseps die 1876 in Paris entstandene »Société civile internationale du Canal interocéanique« die nötigen Vorarbeiten erledigt hatte, erfolgte 1879 die Gründung der Lesseps'schen »Compagnie universelle du Canal interocéanique de Panama«, die von der Regierung Kolumbiens die Konzession für den Kanalbau um 10 Millionen Franken erwarb. Der Vereinigten-Staaten-Regierung kam diese Gründung recht ungelegen, doch verlegte man sich zunächst aufs Abwarten, denn das ganze Unternehmen erschien schlecht fundiert — weshalb sich auch die Hochfinanz ihm gegenüber ziemlich ablehnend verhielt. Bis zum Beginn des Jahres 1881 waren erst ungefähr 590 000 Aktien zu 500 Franken gezeichnet, während die Kosten — viel zu niedrig — auf das Dreifache geschätzt wurden. Zudem hatte die Ausführung des Panamakanalbaues durch eine französische Gesellschaft wenigstens den Erfolg, England mit seinem Plan eines Nikaraguanakanals mattzusetzen. So begnügte sich denn der amerikanische Präsident Rutherford Birchard Hayes in einer Sonderbotschaft an den amerikanischen Kongress zu verkünden: »Die Politik dieses Landes ist ein Kanal unter amerikanischer Kontrolle; die Vereinigten Staaten können diese Kontrolle nicht einer europäischen Macht oder irgendeiner Gruppe europäischer Mächte überlassen.« — eine These, die damit begründet wurde, daß ein den Isthmus durchquerender Kanal ein Teil der Küstenlinie der Vereinigten Staaten werden würde. Auch als dann das Kanalunternehmen krachend zusammenbrach und 1894 eine neue Kanalfinanzierungsgesellschaft, die »Compagnie nouvelle du Canal de Panama« gegründet war, hielt sich zunächst die Union zurück, da diese Gesellschaft noch unzureichender fundiert war als die alte (ihr Kapital betrug nur 65 Millionen Franken); doch entsandte 1899 die Vereinigte-Staaten-Regierung eine Kommission zur Prüfung der Kanalpläne und übernahm dann bekanntlich, nachdem auch die neue Gesellschaft zusammengebrochen war, 1904 selbst die Ausführung des Kanalprojekts.

Die Zwischenzeit benutzte der amerikanische Kapitalismus, um in die mittelamerikanischen Republiken und in Mexiko einzudringen und diese Staaten finanziell von sich abhängig zu machen. Besonders hatte er es darauf abgesehen, den starken englischen Einfluß in Nikaragua zu brechen, wobei er die willige Unterstützung der Washingtoner Regierung fand. Die Rivalitätskämpfe zwischen den kleinen mittelamerikanischen Republiken wurden geschickt von der Regierung der Vereinigten Staaten zur Stärkung ihrer Macht ausgenutzt. Und als dann 1904 Honduras, Nikaragua und San Salvador ein gegen Guatemala gerichtetes Bündnis abschlossen und San Salvador in Guatemala eine Revolution anzettelte, die zum Kriege führte, trat die Washingtoner Regierung als gebietende Friedensvermittlerin auf.

und wußte durchzusehen, daß künftig die Regelung der Streitfragen zwischen den zentralamerikanischen Staaten in Washington geführt werden sollte. Dabei unterstützte zunächst die mexikanische Regierung die Politik der Vereinigten Staaten, 1907 mußte die Union aber zu ihrem Erstaunen sehen, daß Mexiko in den neuen Streitigkeiten zwischen Guatemala, Honduras, Nicaragua und San Salvador sich auf die Seite der beiden letzten Republiken schlug und dann, als auf Betreiben Washingtons der Präsident Zelaya von Nicaragua durch den von der Union unterstützten General Juan Estrada gestürzt worden war, dem flüchtenden Zelaya Unterschlupf bot und, um ihn in Sicherheit zu bringen, sogar 1910 ein mexikanisches Kriegsschiff nach Nicaragua sandte. Ebenso ergriff in dem nachfolgenden Kampfe zwischen dem rechtmäßigen Präsidenten Madriz und seinem Gegner Estrada wiederum Mexiko energisch für Madriz Partei, konnte aber nicht hindern, daß schließlich in Nicaragua Estrada von Laßz Snaden die Oberhand behielt. Zum Danke dafür wurde auf Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs Knoy der Nordamerikaner Ernest S. Wands zum finanziellen Berater, richtiger Kontrolleur Estradas bestellt. Doch vermochte trotz amerikanischer Hilfe Juan Estrada sich nicht zu halten. Er mußte im Mai 1911 abdanken. An seine Stelle trat Luis Mena, ebenfalls ein Günstling Washingtons, unter dessen Regierung und der seines Nachfolgers Nicaragua vollends unter die Finanzkontrolle der Vereinigten-Staaten-Regierung geriet.

In Mexiko stehen die kapitalistischen Cliquen der nordamerikanischen Union, als sie nach der Beendigung des Bürgerkriegs ihre Expansionspläne wieder aufnahmen, zunächst auf Entgegenkommen. Nach dem Tode des Präsidenten Carlo Benito Juarez und einer kurzen Zwischenregierung des Lardo de Tejada war dort 1876 der General Porfirio Diaz zur Herrschaft gelangt, der sich hauptsächlich auf die finanzkräftigen einheimischen und fremden Elemente zu stützen suchte und das Bestreben zeigte, sich mit den herrschenden politischen Cliquen der mächtigen Republik im Norden möglichst günstig zu stellen. Er etablierte, von seiner weltgewandten, intriganten Frau, einer Tochter des vielgesuchten Advokaten Manuel Romero Rubio unterstützt, eine diktatorische Günstlingswirtschaft, teilte gegen Entgelt oder politische Dienstleistungen zahlreiche Land-, Minen- und Eisenbahnkonzessionen aus und förderte in jeder Weise die kapitalistischen Interessen. Dafür wurde er von der Handels- und Finanzpresse Mexikos und der Vereinigten Staaten, auch Deutschlands und der übrigen in Mexiko interessierten Staaten, als mexikanischer Patriot und Mehrer des Wohlstandes seines Vaterlandes gepriesen. Und nicht nur die amerikanische Presse sang sein Lob; es erschien eine ganze Reihe Broschüren und Bücher über seine hohen Verdienste um Mexikos Kultur. Mit breiter Ausführlichkeit wird dort die Zunahme des Handelsverkehrs, der Minenindustrie, der Eisenbahnen, die Verschönerung der Hauptstadt Mexikos durch Prachtbauten geschildert, nur wird verschwiegen, daß diese »Blüte des Landes« von einer Verschleuderung der reichen Bodenschätze des Landes, einer maßlosen Finanzkorruption, einer starken Vermehrung der Staatsausgaben, einer beispiellosen Verelendung der unteren Volksklassen, vornehmlich der indianischen Peones (Kleinbauern) und der Wiedereinführung härtester Schuldklaverei begleitet war.

Doch in den Jahren 1905 bis 1907 vollzog plötzlich Porfirio Diaz eine Schwenkung und nahm gegenüber der Washingtoner Politik eine andere Stellung ein. Hatte er vorher in jeder Weise die den mittleren und unteren Volksschichten verhassten Yankees, die »Gringos« (Quacksiber), wie der Volksmund sie in Mexiko nennt, bei seinen Konzeßionsvergebungen begünstigt, so wandte er jetzt seine Gunst den Engländern zu, besonders den Konsortien F. S. Pearson und S. Pearson and Son, trat, wie schon vorhin erwähnt, der von den Vereinigten Staaten in Mittelamerika betriebenen Politik entgegen und suchte Anschluß an Japan. Nun fand dieselbe amerikanische Trustpresse, die vorher Porfirio Diaz als Wohltäter seines Landes gepriesen hatte, daß er eigentlich ein launenhafter Gauner sei, der die wirtschaftlichen Interessen seines Landes gröblich verleihe.

Bei den neuen Präsidentschaftswahlen im Jahre 1910 traten Diaz zwei neue Kandidaten entgegen, der von der Militärpartei und einem Teil der Klerikalen aufgestellte General Bernardo Reyes, bisher Gouverneur des Staates Nuevo León, und Franzisko Madero, der Erwählte der sogenannten Demokraten und Anti-Wiederwahl-Parteiler, ein wohlhabender Grundbesitzer aus Coahuila — ein, soweit sich beurteilen läßt, ehrlicher liberaler Mann, aber ein Ideologe und Gefühlspolitiker. Die Diazsche Regierung griff mit der ihr eigenen Brutalität ein. Eine lange Reihe der »maderistischen« Führer wurde verhaftet; am 6. Juni 1910 auch Madero selbst und sein Freund, der Oberrichter Estrada. Madero wurde in das Gefängnis von San Luis Potosi gebracht und angeklagt, durch Angriffe auf die Diazsche Regierung die mexikanische Nation beleidigt zu haben. Als der Wahlkampf herankam, saßen an tausend Führer der Anti-Wiederwahl-Bewegung im Gefängnis. Porfirio Diaz wurde zum achten Male zum Präsidenten gewählt — nach Angabe der Wahlbehörde einstimmig.

Aber Diaz hatte seine Rolle ausgespielt. Franzisko Madero, dem es gelungen war, nach Texas zu entkommen, kehrte von dort zurück und ergriff, von den Bandenführern Villa und Orozco unterstützt, die Fahne der Rebellion. Er zwang Diaz, der am 31. Mai 1911 von Veracruz nach Frankreich floh, zur Abdankung. Am 7. Juli zog er in die Hauptstadt ein, am 2. Oktober 1911 wurde er zum Präsidenten gewählt; eine Wahl, die von dem vorhin erwähnten General Bernardo Reyes, seinem Gegenkandidaten, sofort angefochten wurde.

Das Geld für die Maderosche Revolution wurde größtenteils in nordamerikanischen Kapitalistenkreisen aufgebracht. José Joas Limantour, der Diazsche Finanzminister, hatte nicht ganz unrecht, als er im März 1911 erklärte, das meiste Geld der Aufständischen stamme aus den Vereinigten Staaten. Zwar dürfte die Behauptung, die amerikanische Regierung oder amerikanische Behörden hätten den Aufständischen Geld zukommen lassen, nichts als Gerede sein; aber Tatsache ist, daß aus den Vereinigten Staaten den sogenannten »Maderisten« über die Grenze von Texas vielfach Geld und Waffen zgingen — nicht aus Vorliebe der amerikanischen Kapitalisten für Madero, sondern um Diaz loszuwerden. Und die Vereinigte-Staaten-Regierung hinderte diese Zufuhren nicht. Sie schickte zwar 20 000 Mann Milizsoldaten an die nordamerikanische Grenze, die Ausfuhr von Geld, Waffen, Munition und Lebensmitteln an die Aufständischen verbot sie jedoch nicht und gestattete auch, daß deren Agenten in Texas und Neu-

Mexiko Proviant und Munition aufkauften. Erst hinterher, am 14. März 1912, erfolgte ein amerikanisches Waffenausfuhrverbot.

Madero hielt nicht, was die amerikanischen Finanzkreise sich von ihm versprochen hatten. Er wollte sogenannte mexikanische Heimatpolitik treiben. Dadurch verdarb er es nicht nur mit den Yankees, sondern auch mit den Kapitalistenklüngeln des eigenen Landes. Als ihre Führer trafen ihm Bernardo Reyes und Felix Diaz, ein Neffe des Expräsidenten, gegenüber. Am 9. Februar erfolgte in der Hauptstadt Mexikos eine Militärrebellion, an der vornehmlich das 1. Kavallerieregiment, das 2. und 5. Artillerieregiment sowie die Militärschule beteiligt waren. Die Aufständischen besetzten den Nationalpalast, das Militärgefängnis, das Zuchthaus und die Zitadelle. Zwar wurde der Nationalpalast von dem Stadtkommandanten General Villar wiedererobert; aber die Zitadelle blieb in Händen der vom General Reyes befehligten revolvierenden Truppen. Nun rief Madero den General Viktoriano Huerta, einen indianischen Offizier, zur Hilfe herbei, obgleich er mit diesem mehrfach Streitigkeiten gehabt hatte. Huerta verriet aber Madero; er unterhandelte im geheimen mit Reyes und Diaz, ließ den Bruder des Präsidenten, Gustavo Madero, erschließen und darauf den Präsidenten sowie den Vizepräsidenten José M. Pino Suarez festnehmen. Am 20. Februar 1913, während der amerikanische Gesandte Henry Lane Wilson zu Ehren seines Günstlings Huerta ein fröhliches Fest gab und Huerta zutrank, wurden Madero und Suarez erschossen. Angeblich hatten einige Anhänger Maderos die beiden Gefangenen auf dem Wege nach dem Zuchthaus zu befreien versucht, worauf die Eskorte beide, um ihre Flucht zu verhindern, einfach niedergeschossen hatte.

Der amerikanische Gesandte Henry Lane Wilson hatte Huerta in jeder Weise begünstigt, doch vermochte er in Washington nicht die offizielle Anerkennung Huertas als rechtmäßigen Präsidenten durchzusetzen. Man traute dort dem geriebenen »Nachkommen des Aztekenstammes« nicht: ein Mißtrauen, das sich noch steigerte, als im April 1914 amerikanische Marinesoldaten, die im Hafen von Tampico an Land gegangen waren, um Vorräte einzukaufen, von mexikanischen Truppen gefangen gesetzt wurden und Huerta die verlangte Genugtuung verweigerte. Am 21. April wurde die mexikanische Hafenstadt Veracruz von Marinesoldaten besetzt und darauf der mexikanische Gesandte aus Washington abberufen. Zum Kriege kam es jedoch nicht. Die Wilsonsche Regierung trug Bedenken, sich in die gefährlichen mexikanischen Händel zu mischen; und überdies rechnete man darauf, bei Venustiano Carranza, dem früheren Gouverneur von Coahuila, der sofort nach Maderos Ermordung als dessen Anhänger zum Kampfe gegen Huerta aufgerufen hatte, später ein größeres Entgegenkommen gegen die Wünsche der Union zu finden.

In dieser Hinsicht hat man sich jedoch in Washington getäuscht. Zunächst scheint zwar Carranza sich zu allerlei diplomatischen Zusagen bereitgefunden oder wenigstens sich so verhalten zu haben, daß man in Washington einen gefügigen Politiker in ihm erblickte; aber seit Huerta gegangen ist und Carranza die Macht erlangt hat, findet die nordamerikanische Regierung in ihm einen Taktiker, der durchaus nicht geneigt scheint, die Rolle zu übernehmen, die Porfirio Diaz in den ersten Jahrzehnten seiner Diktatur gespielt hat. Carranza sucht zwar jedem ernstlichen Konflikt mit den Vereinigten Staaten

auszuweichen, hat es aber bisher abgelehnt, Weisungen aus Washington entgegenzunehmen. Er sucht den Einfluß des Ausländerturns auf die innere Verwaltung Mexikos zu brechen und dieses wirtschaftlich möglichst selbständig zu machen, eine Hineinziehung seines Landes in den Weltkrieg zu verhindern und mit Japan sowie den beiden südamerikanischen Republiken Argentinien und Chile in guten Beziehungen zu bleiben.

Diese Haltung paßt den Kapitalistencliquen der Vereinigten Staaten nicht. Jeder Widerstand gegen ihre Profitpolitik gilt ihnen als eine Verletzung höchster Kulturinteressen, und so sucht man durch heftige Presseangriffe, Aufwiegelung der mexikanischen Finanzkreise und Latifundienbesitzer und durch eine gegen Mexiko gerichtete Koalierung der zentralamerikanischen Vasallenstaaten die Carranza'sche Regierung einzuschüchtern und, wenn möglich, zu stürzen. Am liebsten würde man Mexiko »kubanisieren« (das heißt in ein gleiches Abhängigkeitsverhältnis zur Union zwingen wie Kuba), aber die Lage auf den europäischen Kriegsschauplätzen gestattet das vorläufig nicht. Vielleicht könnte auch hinter Mexiko Japan auftauchen.

Der Staatsgedanke des Hobbes.¹

Von Ferdinand Tönnies.

I.

Immer von neuem kann man beobachten, daß wichtige Lehren, philosophischen oder wissenschaftlichen Inhalts, von ihren Anhängern wie von ihren Gegnern, aber auch von bloßen Berichterstattern, sogenannten Historikern, als Literaturhistorikern, Philosophiehistorikern usw., unzulänglich verstanden, verkrüppelt und verstümmelt, jammervoll entstellt wiedergegeben werden. Wer mit dem Marxismus, mit der Werttheorie oder mit der materialistischen Ansicht der geschichtlichen Entwicklung vertraut ist, kann ein Lied davon singen.

Kaum läßt sich aber ein großer Denker nennen, dem der Mangel an Verständnis, ja das grobe Mißverständnis so übel mitgespielt hat, wie Thomas Hobbes, und dies geschah um so mehr, da es zugleich diente, einem gerechten Abscheu gegen den sogenannten Atheisten Ausdruck zu geben und der Empörung gegen Lehren, die den Zeitgenossen, wie Cournot² sich ausdrückt, als heterodox, unmoralisch, unfrohm erschienen, »von der Art jener, die man nur studiert, um sie zu widerlegen«, und die so oft und so »schlagend« widerlegt wurden, daß es nicht mehr der Mühe wert erschien, sie zu studieren.

¹ Vergl. die Schrift des Verfassers: »Thomas Hobbes, der Mann und der Denker«, 2. Auflage, Leipzig 1912, Osterwieck & Zickfeldt.

² Cournot, »Considérations sur la marche des idées et des événements dans les temps modernes«, 2 Bände. Paris 1872, Gachette & Co. I, S. 301. Dieses Werk des großen Mathematikers (der zuerst durch seine Theorie der Wahrscheinlichkeitslehre berühmt wurde und durch die Anwendung mathematischer Formeln auf die Nationalökonomie) ist in Deutschland so gut wie unbekannt. Es ist aber einer der bedeutendsten Beiträge zur Philosophie der Geschichte, die das neunzehnte Jahrhundert hervorgebracht hat, besonders durch den Gebrauch, den der Verfasser von der Unterscheidung wesentlicher und zufälliger Ursachen macht. (Die königliche Bibliothek in Berlin besitzt das Werk nicht; ich